

Cloud Computing

Digitale Souveränität in Thüringen

[28.04.2020] Die Thüringer Datenaustauschplattform wird derzeit unter anderem für die Heim- und Telearbeit in den Landesverwaltungen genutzt. Der landeseigene Cloud-Dienst erweist sich dabei als starkes Open-Source-Werkzeug und unterstützt die digitale Souveränität des Freistaats.

Mit der Thüringer Datenaustauschplattform ([wir berichteten](#)) betreibt der Freistaat seit September 2015 einen eigenen Open-Source-basierten Cloud-Dienst. Im Rahmen der Corona-Krise wird die Plattform nun auch für die Heim- und Telearbeit in den Thüringer Landesverwaltungen genutzt. „Rund 3.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Verwaltungen arbeiten aktuell mit der Thüringer Datenaustauschplattform und können so den Dienst von zu Hause aus verrichten“, berichtet Thüringens CIO Hartmut Schubert. Damit ist die Nutzungszahl laut dem Thüringer Finanzministerium in drei Monaten um 50 Prozent gestiegen.

Im Rahmen der COVID-19-Pandemie habe das Land die Kapazitäten der Datenaustauschplattform erweitert und das System zu einer Kollaborationsplattform ausgebaut. „Zum Ausbau der Heimarbeit haben wir mit der Datenaustauschplattform ein starkes Open-Source-Werkzeug an der Hand“, sagt CIO Schubert. „Die Thüringer Verwaltungs-Cloud ist von überall für die Nutzer verfügbar und einfach zu bedienen. Große Datenmengen können sicher ausgetauscht werden. So haben wir die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung auch unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Krise aufrechterhalten.“

Das Ministerium weist außerdem darauf hin, dass die Plattform nicht nur allen Behörden und Einrichtungen der Thüringer Landesverwaltung, sondern auch den Kommunen und kommunalen Einrichtungen sowie eingeladenen Dritten offensteht. Etwa 600 Kommunen nutzen sie.

Eigene Standards setzen

Auch künftig will der Thüringer CIO die Vorteile des Cloud Computing für die Verwaltungsarbeit intensiver nutzbar machen. „Ein zentraler Betrieb, bessere Zusammenarbeit, gemeinsame Datenhaltung oder auch die Kontrolle über die Daten führen zu einer besseren Verwaltungsarbeit“, sagt Schubert. „Im Moment drängen etablierte Software-Hersteller in die eigenen Clouds. Es besteht jedoch die Gefahr, dass wenn die Verwaltung neben der Software auch das Rechenzentrum des Software-Herstellers nutzt und die eigentlichen Verwaltungsdaten dort verarbeiten lässt, sich eine kaum auflösbare Abhängigkeit ergibt. Ein Wechsel der Technologie und des Anbieters wird nur mit enormem Aufwand, im schlimmsten Fall gar nicht möglich. Das gilt es zu verhindern.“ Einen Weg aus dieser ungünstigen Entwicklung erkennt Schubert im gemeinsamen Vorgehen des Bundes und der Länder, das über den IT-Planungsrat gegenwärtig forciert werde: „Insofern unterstütze ich das Vorgehen des Bundes und der Länder, jetzt Standards für eine staatliche Cloud-Architektur zu finden ([wir berichteten](#)) und durch die verwaltungseigenen IT-Dienstleister betreiben zu lassen.“ Mit Blick auf die Erweiterung der IT-Infrastruktur in Thüringen sollten diese Vorgaben unbedingt Grundlage für kommunale Rechenzentren sein. „Wir haben die großartige Chance, den neuen kommunalen IT-Dienstleister in Thüringen mit einer zukunftsweisenden IT-Architektur zu errichten“, sagt Schubert. „Aber auch die geplante Erweiterung des Thüringer Landesrechenzentrums soll sich an den Standards der digitalen Souveränität orientieren.“

Land braucht IT-Fachleute

Neben den technischen Standards hin zu Cloud Computing und dem Einsatz von Open Source Software braucht der Freistaat aber auch entsprechend qualifizierte Mitarbeiter. „Wir sind gerade dabei, die Inhalte für die Ausbildung und das Studium in der Laufbahn des technischen Dienstes in der Verwaltung festzuzurren“, erklärt Hartmut Schubert dazu. „Denn: Wir brauchen fähige IT-Fachleute in unseren Verwaltungen und den staatlichen Rechenzentren, die neue technische Konzepte auch umsetzen können und als aktive Akteure die Entwicklung mitbestimmen. Gegenwärtig befinden wir uns in intensiven Abstimmungsprozessen mit den Thüringer Hochschulen, um attraktive Ausbildungs- und Studiengänge für Verwaltungsinformatiker anbieten zu können.“ Daneben soll laut Ministeriumsangaben die Weiterbildung der Bediensteten in den Verwaltungen selbst verstärkt an Inhalte der neuen technischen Entwicklungen angepasst werden.

(ba)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, Cloud Computing, digitale Souveränität, Thüringen, Open Source Software